

WAHLPRÜFSTEINE



**GESUNDHEITSPOLITISCHE
POSITIONEN DER PARTEIEN
ZUR LANDTAGSWAHL
IN NIEDERSACHSEN AM
9. OKTOBER 2022**



WIE STELLEN SICH DIE PARTEIEN DIE ZUKÜNFTIGE GESUNDHEITSVERSORGUNG DURCH DIE APOTHEKEN VOR ORT IN NIEDERSACHSEN VOR?

Am 9. Oktober 2022 wählen die Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen die Mitglieder des Niedersächsischen Landtages. In Niedersachsen dürfen rund 6,1 Millionen Wahlberechtigte ihre Stimme für ihre Spitzenkandidatin, beziehungsweise ihren Spitzenkandidaten abgeben. Doch für welche Gesundheitspolitik stehen die Parteien in Niedersachsen? Wer setzt sich wirklich für eine wohnortnahe und patientenorientierte Gesundheitsversorgung zu

jeder Tages- und Nachtzeit durch Apotheken vor Ort ein?

Der Landesapothekerverband Niedersachsen e.V. (LAV) hat bei den Parteien SPD, CDU, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP und der Partei DIE LINKE. in Niedersachsen nachgefragt, um für die rund 1.800 Apotheken in Niedersachsen und für die Patientinnen und Patienten mehr Transparenz zu schaffen. Denn allein Niedersachsens Apotheken werden täglich von etwa

400.000 Menschen aufgesucht.

Bei der Reihenfolge der nachfolgenden Antworten wurde in der Reihenfolge der derzeitige Regierungskoalition aus SPD und der CDU in Niedersachsen voran gestellt. Danach folgen zwei weitere im Landtag vertretene Parteien gemäß der Anzahl ihrer Sitze sowie eine sich für den Landtag bewerbende Partei.

1. Versorgung

Die selbstständig geführten Vor-Ort-Apotheken werden wegen ihrer Expertise in Gesundheitsfragen, ihrer Unabhängigkeit, ihres niedrigschwelligen Zugangs und ihrer sozialen Funktion geschätzt und gebraucht. In der Corona-Pandemie hat sich das dezentral organisierte Arzneimittelversorgungssystem durch die freiberuflich geführten Vor-Ort-Apotheken zudem als krisenfest bewiesen. Doch die Arzneimittelversorgung steht vor Herausforderungen. Dazu gehören die unsichere Weltlage, der Personalangel oder auch die wachsende Anzahl von digitalen Angeboten, die das Gesundheitssystem und den Verbraucherschutz betreffen.

Was tun Sie und Ihre Partei dafür, um die bestehenden Versorgungsstrukturen in Niedersachsen zu stabilisieren und die Arzneimittelversorgung durch die Vor-Ort-Apotheken zukunftsorientiert weiterzuentwickeln?



SPD-Landesverband Niedersachsen um Spitzenkandidaten Stephan

Weil: Die Arzneimittelversorgung und die Beratungsleistungen durch Apotheken stellen einen wichtigen Teil der Gesundheitsversorgung in Niedersachsen dar. Die zentrale Bedeutung der Vor-Ort-Apotheken hat sich nicht zuletzt auch in der Corona-Pandemie bestätigt. Die Arzneimittelversorgung muss überall und für alle Bürgerinnen und Bürger gut zugänglich sein.

Vor diesem Hintergrund hat sich die in der laufenden Legislaturperiode vom Landtag eingesetzte Enquetekommission zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung in Niedersachsen in ihren Beratungen auch mit der pharmazeutischen Versorgung auseinandergesetzt. Die Handlungsempfehlungen

der Kommission sind auch in der kommenden Legislatur unser Orientierungsmaßstab für die Gestaltung der Gesundheitsversorgung in Niedersachsen. Dazu gehört auch die Sicherstellung und Weiterentwicklung der Arzneimittelversorgung durch die Vor-Ort-Apotheken. Für uns kann die Weiterentwicklung über die Empfehlungen der Enquetekommission hinaus nur im engen Austausch mit den Verbänden und Fachgesellschaften stattfinden.



Dr. Bernd Althusmann, CDU: Eine wesentliche Säule unseres Gesundheitssystems ist die sichere und effektive Versorgung mit Arzneimitteln. Wir werden daher die unabhängige und vor allem wohnortnahe Arzneimittelversorgung für die Menschen in Niedersachsen gewährleisten und dabei

die besondere Stellung und Bedeutung der Apotheken in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen. Eine große Chance bietet hier die Digitalisierung, mit deren Hilfe wir die Vor-Ort-Apotheken und die Arzneimittelversorgung weiterentwickeln und für die Zukunft fit machen werden. Niedersachsens Apotheken sollen zu einem wichtigen Akteur in der digitalen Versorgungsstruktur heranwachsen. Außerdem setzen wir uns für ein Versandhandelsverbot von verschreibungspflichtigen Medikamenten ein.



Julia Willie Hamburg, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Nicht erst seit der Pandemie ist klar, welche große Bedeutung Apothekerinnen und Apotheker für die Gesundheitsversorgung

spielen. Ihre Stärke liegt in ihrer heilberuflichen Kompetenz. Wir wollen ihnen daher künftig weitere heilberufliche Aufgaben übertragen. Diese sehen wir insbesondere beim Arzneimittelmanagement, der verstärkten pharmazeutischen Beratung, der Arzneimitteltherapiesicherheit sowie in bestimmten Fällen auch bei Impfungen. Darüber hinaus wollen wir Einrichtungen des Gesundheitssystems insbesondere im ländlichen Raum zu integrierten Versorgungszentren zusammenschließen und somit für Patientinnen und Patienten Angebote aus einer Hand schaffen. Durch ein regelmäßiges und transparentes Monitoring des Apothekenmarktes können Versorgungslücken zudem frühzeitig erkannt werden.



Dr. Stefan Birkner, FDP: Wir sehen die flächendeckende Arzneimittelversorgung noch nicht als grundsätzlich gefährdet an. Mit einer Apothekendichte von 23 Apotheken je 100.000 Einwohner liegen wir im guten Bundesdurchschnitt und über das gesamte (Flächen-)land gesehen sogar besser als die Stadtstaaten Hamburg und Bremen. Dennoch empfinden

auch wir den zu beobachten- den Trend besorgniserregend. Um diesem Trend entgegenzuwirken, wollen wir uns auch auf Bundesebene dafür einsetzen, dass der Beruf sich wieder mehr lohnt, um attraktiv zu bleiben. So sind wir als Freie Demokraten beispielsweise der Auffassung, dass Beratungsleistungen differenzierter zu vergüten sind. Aufwendige Beratungen sollten gegenüber einfachen Medikamentenabgaben ohne wesentliche Beratungsleistungen besser vergütet werden. Zusätzlich müssen die Nacht- und Notdienste angemessen honoriert

werden. Das stärkt die Vor-Ort-Apotheken, die wir für die Versorgung dringend benötigen. Wir begrüßen es daher sehr, dass die Ampel sich in Ihrem Koalitionsvertrag bereits darauf geeinigt hat, den Nacht- und Notdienstfonds zu einem Sicherstellungsfonds weiter zu entwickeln und eine Verordnungsfähigkeit für Notfallbotendienste in der ambulanten Notfallversorgung zu schaffen.

DIE LINKE.
NIEDERSACHSEN

Jessica Kaußen, DIE LINKE.: DIE LINKE. hat sich auf Bundesebene immer klar für das

Mehr- und Fremdbesitzverbot und den Erhalt der Präsenza- potheke ausgesprochen. Diese wollen wir auch in Niedersachsen sichern. In unserem Landeswahlprogramm fordern wir ein Landesprogramm „Medizinische Versorgung im ländlichen Raum“, um eine flächendeckende und wohnortnahe Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Dazu gehören auch die ländlichen Präsenza- potheken, da die Arztpraxis vor Ort ohne die Apotheke vor Ort nicht wirksam arbeiten kann. Für DIE LINKE ist klar: Infrastruktur und Kultur dürfen nicht unter Finanzierungsvor-

behalt stehen. Sie bilden die Grundlage für eine hohe Lebensqualität auch abseits der urbanen Zentren. Wir wollen Busverbindungen bis auf die Dörfer, idealerweise stündlich, zumindest aber als Rufbus. Wir wollen Dorfgemeinschaftshäuser, Gemeindebüchereien und Landärzte zur Regel machen. Mit einem millionenschweren Förderprogramm soll wie in Thüringen (dortiges Volumen 4 Mio. €) die Nahversorgung in ländlichen Räumen gefördert werden.

2. Wirtschaftliche Absicherung

Die Apotheken haben während der Corona-Pandemie viele Sonderleistungen übernommen. Dazu gehören die Herstellung von Desinfektionsmitteln, Verteilung von Schutzmasken, die Versorgung der Ärzte und mobilen Impfteams mit Impfstoffen und Zubehör, Durchführung von Testungen in Apotheken, die Ausstellung von Impf- und Genesenenzertifikaten oder das Impfen gegen COVID-19-Impfungen. Nun plant das Bundesgesundheitsministerium den Abschlag, den die Apotheken für jedes abgegebene verschreibungspflichtige Arzneimittel an die gesetzliche Krankenversicherung zahlen müssen, von 1,77 Euro auf 2,00 Euro zu erhöhen. Die Erhöhung des Apothekenabschlags bedeutet eine Kürzung des Apothekenhonorars bei gesteigerter Leistungsanforderung. Denn anders als bei anderen Leistungserbringern im Gesundheitssystem stagniert die Apothekenvergütung seit Jahren, da sie von der Preisentwicklung, Inflation und den dramatisch gestiegenen Kosten abgekoppelt ist. Wird das BMG seine Pläne umsetzen, werden mittelfristig weitere Schließungen der Vor-Ort-Apotheken die Folge sein. Ein wichtiger Arbeitgeber, eine soziale Anlaufstelle und Lotse im Gesundheitswesen geht in den Regionen und Gemeinden Niedersachsens verloren!

Wie gedenkt Ihre Partei, dieses Problem zu lösen?

SPD
NIEDERSACHSEN

SPD-Landesverband Niedersachsen:
Die Pläne der Ampel-Koalition

auf Bundesebene zur Novel- lierung des Gesetzes zur Stär- kung der Vor-Ort-Apotheken, um pharmazeutische Dienst- leistungen und beratungsin-

tensive Leistungen besser zu honorieren und Effizienzge- winne innerhalb des Finan- zierungssystems zu nutzen, begrüßen und unterstützen

wir ausdrücklich. Wir werden uns aktiv in den Prozess auf Bundesebene einbringen, damit eine flächendeckende Versorgung durch die Vor-Ort-Apotheken auch zukünftig in Niedersachsen sichergestellt bleibt.

 **CDU**

Dr. Bernd Althusmann, CDU: In der Pandemie wurde deutlich, wie wichtig Apotheken als Ansprechpartner vor Ort sind. Insbesondere die Masken- verteilung hätte ohne die Unterstützung der Vor-Ort-Apotheken nicht funktioniert. Um die Vor-Ort-Apotheken

NIEDERSÄCHSISCHE LANDTAGSWAHL 2022 – DIE SPITZENKANDIDATEN



Stephan Weil, SPD



Dr. Bernd Althusmann, CDU



Julia Willie Hamburg, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN



Dr. Stefan Birkner, FDP



Jessica Kaußen, DIE LINKE.

zu stärken, sollte aus unserer Sicht überlegt werden, welche Leistungen der Apotheken gesondert vergütet werden können. So könnte z. B. die Beratung bei geriatrischen Patienten oder die Pflege der Medikationspläne bzw. auch Medikationsanalysen über ein neues Abrechnungssystem erfolgen. Zudem sollten die Kompetenzen und Kapazitäten von Apotheken im Kontext der Delegation von Leistungen ausgebaut werden. Insgesamt muss es bei der Stärkung der Vor-Ort-Apotheken darum gehen, mehr Leistungen gesondert zu vergüten, die eine Versandapotheke nicht anbieten kann. Das System der inhabergeführten Apotheken muss erhalten werden.



Julia Willie Hamburg, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Um Apotheken wirtschaftlich abzusichern, schlagen wir vor, den Nacht- und Notdienstfonds um einen Fonds zur Sicherstellung der Arzneimittelversorgung in unterversorgten Regionen zu ergänzen. Auch wollen wir Apotheken übertragene zusätzliche Aufgaben vergüten. Unser Ziel ist es, die pharmazeutischen Leistungen der Apotheken in eine eigene Gebührenordnung zu überführen. Außerdem wollen wir eine moderne und zukunftsgerichtete Ausbildung im Verbund mit einer zeitgemäßen Ausweitung der heilberuflichen Kompetenzen.



Dr. Stefan Birkner, FDP: Wir Freie Demokraten können Ihre Irritation hinsichtlich des Referentenentwurfs des Bundesgesundheitsministeriums (BMG) für das „Gesetz zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung“ gut nachvollziehen. Der Gesetzentwurf ist in seiner bisherigen Form nicht innerhalb der Koalition abgestimmt und wird zumindest von den Freien Demokraten auch in einigen Punkten kritisch gesehen. Wir in Niedersachsen, aber auch unsere Kollegen im Bund werden uns dafür einsetzen, dass ein für alle Seiten gut tragbares Gesetz verabschiedet wird.



Jessica Kaußen, DIE LINKE.: Gemäß dem Referentenentwurf eines GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes sollen die Krankenkassen durch den erhöhten Kassenabschlag um 170 Millionen Euro entlastet werden. Dies bedeutet, dass die Vor-Ort-Apotheken die nicht auskömmliche Finanzierung der GKV mitausbaden müssen. Neben dem Konkurrenzdruck des Versandhandels sollen nun die Apothekerinnen und Apotheker die Folgen einer verfehlten Gesundheitspolitik stemmen. Das kann nicht klappen. DIE LINKE. Niedersachsen wird sich dafür stark machen, mittels einer Bundesratsinitiative, die geplante Erhöhung zu verhindern.

3. Verfügbarkeit von Arzneimitteln

Die Vor-Ort-Apotheken sind seit Jahren damit konfrontiert, dass benötigte Arzneimittel nicht verfügbar sind und Alternativen für die Patienten schnell gefunden werden müssen. Die Coronapandemie und die Lieferkettenproblematik aus Nah- und Fernost bedingt durch fehlende Herstellung von systemrelevanten Arzneimitteln in Europa, wie z. B. Antibiotika haben diese Problematik verschärft. Nur aufgrund der eingeführten temporär geltenden Erleichterungen bei der Abgabe von Arzneimitteln für Apotheken durch die COVID 19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmeverordnung, der Nichteinhaltung der Rabattverträge und somit weniger Bürokratie können die Vor-Ort-Apotheken wie gewohnt eine effiziente Arzneimittelversorgung für die Patienten garantieren.

Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass diese Erleichterungen für die Patientenversorgung verstetigt werden, um auf Lieferengpässe von Arzneimitteln zu reagieren und die Versorgung der Patienten in Niedersachsen sicherzustellen?



SPD-Landesverband Niedersachsen: Aufgrund der während der Pandemie geltenden Sonderregelungen konnte eine effiziente Arzneimittelversorgung durch die Apotheken sichergestellt werden. Die Apotheken haben gezeigt, dass sie mit dieser Situation sehr verantwortungsvoll umgehen. Eine Überführung der temporär geltenden Erleichterungen in die Regelversorgung, um den

Apotheken mehr Flexibilität zu ermöglichen, halten wir für unterstützenswert. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Sicherstellung der Grundversorgung von Arzneimitteln und Medizinprodukten durch verstärkte Kooperation und Forcierung auf Produktionsstätten innerhalb der EU ein. Dazu gehört auch eine Verbesserung des Managements bei Lieferengpässen durch die Erweiterung der Austauschmöglichkeiten der Apotheken.



Dr. Bernd Althusmann, CDU: Im Rahmen der pandemischen Lage durften Apotheken im Falle nicht lieferbarer Medikamente ein anderes Medikament mit gleicher Wirkstoffkombination ausreichen, ohne Rücksprache mit dem Arzt halten zu müssen. Dies sollte aus unserer Sicht der Normalfall werden, da damit sowohl Vorteile für den Patienten und Zeitvorteile für die Apotheke verbunden sind. Entsprechend werden wir uns einsetzen.

Zudem werden wir uns gegenüber der Europäischen Union dafür einsetzen, dass auf dem Gebiet der Europäischen Union neue Produktionsstätten für Arzneimittel entstehen.



Julia Willie Hamburg, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Die andauernden Lieferengpässe bei Arzneimitteln beobachten wir mit großer Sorge. Bei einer akut drohenden Unterversorgung sollten entsprechende Gegenmaßnahmen auf Bundesebene ergriffen werden. Grundsätzlich unterstützen wir das Bestreben, die Arzneimittelproduktion nach Europa zurückzuholen. Entsprechende Ansiedlungen von Unternehmen unterstützen wir in Niedersachsen.



Dr. Stefan Birkner, FDP: Die Corona Pandemie hat uns gezeigt, dass Arzneimittelversorgung besser durch den Bund und die EU koordiniert und als Frage von strategischer Bedeutung verstanden werden muss. Wir setzen uns daher dafür ein, dass darauf geachtet wird, Abhängigkeiten von einzelnen internationalen Anbietern zu vermeiden und begrüßen Initiativen, um mehr Produktionskapazitäten in die EU zurückzuverlegen. Hinsichtlich der von

Ihnen erwähnten temporär geltenden Erleichterungen teilen wir Ihre Auffassung, dass diese ganz erheblich dazu beigetragen haben, eine effiziente Arzneimittelversorgung sicherzustellen und wollen prüfen, welche dieser Maßnahmen verstetigt werden können.



Jessica Kaußen, DIE LINKE.: Die Leistungen des Gesundheitswesens sollen uneingeschränkt der bedarfsgerechten gesundheitlichen Versorgung aller im Land lebenden Menschen dienen. Sie müssen flächende-

ckend, wohnortnah, zeitnah und unabhängig von der sozialen Situation zur Verfügung stehen. So steht es in unserem Wahlprogramm. Daher kann sich DIE LINKE. Niedersachsen sehr gut vorstellen, die durch die COVID 19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmeverordnung eingeführten Erleichterungen fortzusetzen und die aus der Pandemie entstandenen Erleichterungen in der örtlichen Grundversorgung dauerhaft einzuführen. Ganz grundsätzlich ist aus unserer Sicht die Forschung und Entwicklung von Arzneimitteln sowie Impfstoffen profitorientierten Akti-

enkonzernen zu entziehen und in politische Verantwortung zu übertragen. Bis dahin fordern wir, dass Lieferengpässe bereits im Vorfeld verpflichtend zu melden sind und die Hersteller essenzielle Medikamente bevorraten müssen. Bei Verstößen durch die Hersteller wollen wir zudem auch Sanktionen und Bußgelder einführen. Auch die exklusiven Rabattverträge einzelner Krankenkassen für bestimmte Medikamente, die während der Corona-Pandemie ausgesetzt wurden, gehören zu den Ursachen der Lieferprobleme und müssen endgültig abgeschafft werden.

4. Trivialisierung von Arzneimitteln

Arzneimittel sind keine normalen Konsumgüter, sondern stark wirksame Helfer. Für deren Anwendung bedarf es einer qualifizierten Beratung, besonderer Umsicht sowie sensibler Handhabung. Es gibt aber Entwicklungen, die gefährlich sind: Auswuchs von (im grenzüberschreitenden Arzneimittelversandhandel agierenden) Kapitalgesellschaften, die auf lukrative Versorgungssegmente und auf Umsatz fokussiert sind, oder auch Vertriebskonzepte, die rein gewinnorientierte Interessen verfolgen.

Welche Konzepte hat Ihre Partei, um eine Trivialisierung von Arzneimitteln zu unterbinden?



SPD-Landesverband Niedersachsen: Gesundheit ist keine Ware und sollte daher auch nicht ökonomischen Regeln folgen. Das gilt auch und insbesondere für den Vertrieb und die Vermarktung von Arzneimitteln. Maßnahmen, die den verantwortungsvollen Umgang fördern und dem ausschließlich gewinnorientierten Vertrieb von Medikamenten entgegenwirken, unterstützen wir. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Stärkung der Vor-Ort-Apotheken mit ihren wichtigen Beratungsleistungen ein.

ist, lässt sich der Trivialisierung von Arzneimitteln am wirkungsvollsten mit der Stärkung der Beratungsfunktion der Vor-Ort-Apotheken entgegenwirken (siehe hierzu die Antwort auf Frage 2). In diesem Sinne hat der EuGH bekanntlich im vergangenen Jahr auf Vorlage des BGH entschieden, dass ein nationales Werbeverbot für Versandapotheken mit Blick auf Gewinnspiele zulässig ist. Es stehe dem nationalen Gesetzgeber frei, die Verkaufsmodalitäten von Apotheken bei der Abgabe verschreibungspflichtiger Arzneimittel selbst zu regeln. Der BGH nahm dies zum Anlass, Werbung im Zusammenhang mit der Veranstaltung eines Gewinnspiels zur Förderung des Verkaufs von verschreibungspflichtigen Arzneimitteln generell zu verbieten, da der Patient dadurch davon abgehalten werden könne, eine Beratung

in Anspruch zu nehmen. Durch diese Entscheidung wird der Trivialisierung von Arzneimitteln entgegengewirkt und die Beratungsfunktion der Vor-Ort-Apotheken gestärkt.



Julia Willie Hamburg, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die zunehmende Ökonomisierung des Gesundheitswesens und die steigende Aktivität privater Kapitalgesellschaften und global agierender Konzerne beobachten wir insgesamt mit Sorge. Medizinische Versorgung gehört für uns zur Daseinsvorsorge und sollte stets im Interesse der Gesellschaft und unabhängig von Rendite- oder Gewinnerwartungen sein. Bei der Reform des Niedersächsischen Krankenhausgesetzes haben wir beispielsweise klare Regelungen eingesetzt, die das

bisher weitgehend unreglementierte Agieren privater Klinikkonzerne begrenzen. Auch für den Apothekenmarkt sollten auf Bundesebene ggf. entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden.



Dr. Stefan Birkner, FDP: Wir Freie Demokraten wollen die flächendeckende Versorgung mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln sowie eine qualifizierte Beratung von Patientinnen und Patienten. Wir fordern faire Rahmenbedingungen zwischen inländischen Apotheken sowie in- und ausländischen Versandapotheken. Ein pauschales Versandhandelsverbot für rezeptpflichtige Arzneimittel lehnen wir ab, denn alle Patientinnen und Patienten sollten eine Wahlfreiheit haben. Außerdem muss die freie Apothekenwahl jederzeit gewährleistet sein. Darüber hinaus werden wir dafür eintreten, dass das Fremd- und Mehrbesitzverbot auch eingehalten wird.



Dr. Bernd Althusmann, CDU: Das Thema ist so alt wie der Versandhandel mit Arzneimitteln in Deutschland. Da der Versandhandel aber erlaubt



Jessica Kaußen, DIE LINKE. :

Fallstudien zeigen: Nur jeder zweite Patient nimmt seine Medikamente während einer Langzeittherapie so ein, wie es der Arzt verordnet. Werden es fünf, sechs oder noch mehr Arzneimittel, verlieren die Patientinnen und Patienten schnell den Überblick. Nicht selten entstehen durch eine falsche Dosierung, das Vergessen oder Verwechseln von Arzneimitteln oder durch eine unabgestimmte Selbstmedikation gefährliche Risiken von

Wechselwirkungen und Unverträglichkeiten. Die Folgen sind zusätzliche Beschwerden oder Komplikationen, die mitunter einen Krankenhausaufenthalt erforderlich machen. Die Apotheken erfüllen dagegen eine wichtige Funktion für Patientinnen und Patienten, nämlich die Beratung. Die ständige wachsende Anzahl von Medikamenten, Darreichungsformen und Generika, überfordern die Patientinnen und Patienten nicht selten. Insbesondere Wechselwirkungen mit anderen Medikamenten bedürfen einer intensiven Beratung. Hier

ist die Apotheke vor Ort nach der Meinung der LINKEN unabdingbar. DIE LINKE. sieht diese Rolle als unverzichtbar an. Online-Handel, insbesondere die international auftretenden Anbieter, können diese Funktion nicht erfüllen. Der Online-Handel muss daher stärker reguliert werden und mit weitreichenden Aufklärungspflicht oder einer Online-Abgabe zur Finanzierung der Vor-Ort-Apotheken belegt werden. Denn mit dem VOASG ist keine wirkliche Trendwende verbunden. Vor allen Dingen die Länder hatten auf ein Versandverbot

für verschreibungspflichtige Medikamente (Rx-VV) gepocht. Die enorme Bedeutung der Gleichpreisigkeit für das deutsche Gesundheitssystem und für die flächendeckende Arzneimittelversorgung rechtfertigt ein Versandverbot mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln, so die Begründung. Bisher ist nicht absehbar, dass die aktuelle Bundesregierung hier eine grundsätzlich andere Position einnehmen wird. Eine neue Initiative der Bundesländer würde auch von einer linken Landtagsfraktion initiiert und unterstützt werden.

5. Nachwuchs

Für die Apotheken vor Ort in Niedersachsen – sowohl in den ländlichen Regionen als auch in den Städten – wird die Suche nach gut ausgebildeten Apothekerinnen und Apothekern, die sich selbstständig machen wollen, immer schwieriger.

Wie wird Ihre Partei unterstützen, dem Nachwuchsmangel der Apothekerinnen und Apotheker in unserem Bundesland zu begegnen?



SPD-Landesverband Niedersachsen: Die Zahl der Pharmaziestudierenden hat sich in den vergangenen Jahren bundesweit erhöht. Auch die Zahl der Approbationen ist gestiegen. Dennoch stellt die Nachwuchsgewinnung eine zentrale Herausforderung dar, der wir auch in den kommenden Jahren begegnen müssen, um eine hochwertige und flächendeckende Versorgung zu gewährleisten. Im Sinne der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung in Niedersachsen setzen wir uns daher insbesondere für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen des Pharmaziestudiums ein. Darüber hinaus werden wir auch weiterhin Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene unterstützen, die dazu geeignet sind, die Attraktivität der

pharmazeutischen Berufe zu steigern.



Dr. Bernd Althusmann, CDU: Um die Versorgung mit qualifizierten Apothekenleistungen sicherzustellen, werden wir 20 zusätzliche Studienplätze in der Pharmazie schaffen. Ein weiteres Problem ist die Nachwuchsgewinnung bei den PTA. Damit Niedersachsen nicht hinter andere Bundesländer zurückfällt, ist die baldige Schulgeldbefreiung in der PTA-Ausbildung wichtig. Auch dafür werden wir uns einsetzen.



Julia Willie Hamburg, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Um die pharmazeutischen Berufe attraktiver zu gestalten, ist aus unserer Sicht ein Maßnahmenbündel notwendig. Dazu gehört eine

moderne und zukunftsgerichtete Ausbildung nebst bundesweitem Verzicht auf Schulgeld (insbesondere bei den PTAs) im Verbund mit einer zeitgemäßen Ausweitung der heilberuflichen Kompetenzen. Darüber hinaus befürworten wir GRÜNE eine angemessene Vergütung. Zusätzlich halten wir attraktive und familiengerechte Arbeitsbedingungen für nötig. Das beinhaltet auch eine Stärkung kooperativer Versorgungsstrukturen, damit Apothekerinnen und Apotheker mit anderen Gesundheitsberufen zusammenarbeiten und ihre pharmazeutischen Kompetenzen einbringen können.



Dr. Stefan Birkner, FDP: Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass auch weiterhin die Freien Berufe im Gesundheitswesen gestärkt werden. Niedergelassene Ärztinnen

und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte, Tierärztinnen und Tierärzte, Apothekerinnen und Apotheker, Heilmittelerbringerinnen und Heilmittelerbringer sowie Hebammen müssen in medizinischen Fragen autonom und frei von Weisungen Dritter entscheiden können. Freiheit und Verantwortung sind die Basis der Vertrauensbeziehung zwischen Apotheker und Patient. Für genügend Nachwuchs braucht es auch angemessene Ausbildungsmöglichkeiten. Zur Stärkung der Ausbildungskapazitäten hat die Fraktion der Freien Demokraten im Landtag daher in ihren Anträgen zum Landeshaushalt bereits mehrfach mehr Geld für den Ausbau der Pharmazie an der TU Braunschweig eingestellt, um mehr Studienplätze schaffen zu können. Damit auch in Zukunft ausreichend Apothekerinnen und Apotheker da sind, müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden. Wir benötigen motivierten und gut ausgebildeten Nachwuchs, Unterstützung bei der Digitalisierung, Entbürokratisierung sowie eine leistungsgerechte Vergütung.



Jessica Kaußen, DIE LINKE.: Mit den LINKEN-Forderungen für weitere Kompetenzen der öffentlichen Apotheke, für die Stärkung des heilberuflichen Charakters des Apotheker-

berufes, gegen den Versandhandel und gegen die weitere Deregulierung der Apothekenslandschaft stehen wir für eine attraktive Weiterentwicklung der Tätigkeit in den öffentlichen Apotheken. Wir wollen den Grundstein legen für eine

Zukunft, die nicht von Markt und Profit bestimmt wird. Wie für andere Berufe auch sollte für das pharmazeutische Personal gelten: Die Arbeit soll interessant sein, die Arbeitsbedingungen gut, der Beruf gesellschaftlich anerkannt und

adäquat entlohnt. Insbesondere für belastende Nachtdienste muss die Bezahlung für die Apotheker*innen so sein, dass diese ungünstigen Arbeitszeiten nicht als unzumutbare Belastung empfunden werden.

6. Prävention

Auf Wunsch der Politik impfen Apotheken gegen das Coronavirus und erreichen durch ihren niedrigschwelligen Zugang Menschen, die bislang noch nicht von den bisherigen Impfangeboten erreicht wurden. Nun wird die Gripeschutzimpfung als Regelversorgung in Apotheken eingeführt, denn der Blick in andere Länder und auch Evaluationen von Modellprojekten zeigen, dass Impfangebote in Apotheken Impfquoten erhöhen können.

Wie plant Ihre Partei, das Potential, das in den Vor-Ort-Apotheken in Niedersachsen steckt, für die Prävention von Krankheiten zukünftig auszubauen, um Infektionskrankheiten zu verhindern und somit das Gesundheitssystem zu entlasten?



SPD-Landesverband Niedersachsen: Die zahlreichen Apothekerinnen und Apotheker sowie Beschäftigten in den niedersächsischen Apotheken haben während der Corona-Pandemie maßgeblich dazu beigetragen, dass es nicht zu einer Überlastung des Gesundheitssystems gekommen ist. Apotheken haben das Potential, als Teil der Gesundheitsversorgung weitere Aufgaben zu übernehmen, beispielsweise im Bereich der Prävention. Hierbei muss aber der eigentliche Leistungskern gewahrt werden und eine Überforderung der Apotheken verhindert werden. Entsprechend der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung gilt es aus unserer Sicht daher, die Kompetenzen von Apotheken im Kontext der Delegation weiter auszubauen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, die interprofessionelle Zusammenarbeit zu stärken. Diese wird zwar in Teilbereichen bereits innovativ vorangetrieben, allerdings kommt es vor allem an

Sektorengrenzen immer noch zu vermeidbaren Informationsverlusten und Versorgungslücken, die zum Wohle der Patientinnen und Patienten konsequenter in den Blick genommen werden sollten.



Dr. Bernd Althusmann, CDU: Alle Menschen in Niedersachsen sollen sich auf eine hochwertige Gesundheitsversorgung in ihrer Nähe verlassen können. In vielen Regionen Niedersachsens wird es zunehmend schwieriger, dieses Ziel zu erreichen – da Ärztinnen und Ärzte fehlen. Daher wollen wir die Apotheke vor Ort als einen Lotsen im Gesundheitswesen etablieren, um als niedrigschwellige Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger fachlich und empathisch zu beraten. (sh. auch Ergänzung zu 2.)



Julia Willie Hamburg, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Impfungen als Instrument der Primärprävention gegen Infektionskrankheiten

sollten möglichst flächendeckend und niedrigschwellig angeboten werden. Wir begrüßen deshalb die Einführung von Impfangeboten in Apotheken und sind offen dafür, dieses Angebot bei Bedarf in Niedersachsen auszuweiten. Auch bei der Prävention chronischer Zivilisationskrankheiten können ggf. Apotheken eine stärkere Rolle als bisher einnehmen.



Dr. Stefan Birkner, FDP: Schon im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie haben wir uns massiv für eine Einbindung der Apotheker in die Impfkampagne eingesetzt. Für uns gilt es, Gesundheitspolitik aus der Sicht der Patienten zu betrachten und danach auszurichten, was für diese das Beste ist. Dazu gehört es aus unserer Sicht auch, Impfungen niedrigschwellig anzubieten, weshalb wir auf Landes- und Bundesebene notwendige Umsetzungsschritte zur Ausweitung des Impfangebots durch Apotheken konstruktiv begleiten werden.



Jessica Kaußen, DIE LINKE.: Apotheken müssen in der Gesundheitsprävention neue Aufgaben übernehmen und diese müssen ordentlich vergütet werden. Das betrifft neben der Prävention auch das Medikationsmanagement. Mit dem eHealth-Gesetz wurde dieses unzumutbar in die Hand der Ärztinnen und Ärzte gelegt. Wir sehen die Apotheke in einer wichtigen Rolle in regionalen Gesundheitsnetzwerken. Die inhabergeführte Apotheke ist nach Ansicht der LINKEN alternativlos für die Grundversorgung älterer Menschen und aller Personengruppen die keinen ausreichenden Zugang zu digitalisierten Versandlösungen haben. DIE LINKE. Bundestagfraktion ist dafür offen, dass Apotheken auch weitere Standardimpfungen durchführen und als GKV-Regelleistung abgerechnet werden könnten.

7. E-Rezept

Die Vor-Ort-Apotheken sind analoge und digitale Rundumversorger. Sie arbeiten längst unter Einsatz moderner Technologien und unterstützen die Menschen bei der Nutzung von digitalen Instrumenten wie dem E-Rezept. Grundsätzlich gilt: Die Regeln der Arzneimittelversorgung in der analogen Welt müssen auch in der digitalen Welt weiterhin gelten. Auch wenn die Vorteile des E-Rezeptes überwiegen dürften, birgt es doch das Risiko, dass insbesondere Verbraucherschutznormen beeinträchtigt werden. Zum Beispiel wird die bundesweite E-Rezept-App eine Schnittstelle haben, wo sich Dritte mit ihren Angeboten andocken können. Diese Anreize Dritter können gegebenenfalls der freien Apothekenwahl des Patienten und letztlich dem Wettbewerb der Apotheken untereinander zuwiderlaufen.

Welche Ansätze verfolgt Ihre Partei, um Risiken in Bezug auf das E-Rezept im Sinne des Verbraucherschutzes zu vermeiden?



SPD-Landesverband Niedersachsen:

Wir setzen uns für die Förderung innovativer Technologien in der Gesundheitsversorgung und deren Etablierung in der Regelversorgung ein. Dazu zählt auch das E-Rezept. Das E-Rezept kann Behandlungen sicherer und Abläufe für alle Beteiligten einfacher machen. Nichtsdestotrotz müssen der Daten- und Verbraucherschutz selbstverständlich gewahrt werden. Den derzeit laufenden Roll-Out beobachten wir vor diesem Hintergrund aufmerksam.



Dr. Bernd Althusmann, CDU: Die Einführung des E-Rezepts beginnt am 1. September 2022 und soll voraussichtlich im

Frühjahr 2023 abgeschlossen sein. Zu erwartende Anlaufschwierigkeiten müssen überwunden werden, damit das E-Rezept für alle Beteiligten – Patienten, Ärzte und Apotheken – einen Mehrwert darstellt. Wir werden die Entwicklung genau beobachten und im Falle von Beeinträchtigungen für den Verbraucherschutz nachsteuern.



Julia Willie Hamburg, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die größte Herausforderung bei der Einführung des E-Rezeptes ist es, einen signifikanten Mehrwert für Patientinnen und Patienten und Apotheken zu schaffen. Angesichts der Tatsache, dass

das E-Rezept vorerst nur den Weg des analogen Rezeptes von der Praxis in die Apotheke ersetzen soll, sind wir von einem spürbaren Nutzen noch weit entfernt.



Dr. Stefan Birkner, FDP: Wir begrüßen die zügige Einführung des E-Rezeptes. Denn im Gesundheitswesen wird immer noch viel zu häufig mit Faxen gearbeitet. Diese Form der Kommunikation ist weder sicher noch zeitgemäß. Wir stehen für eine moderne Gesundheitspolitik und den Schutz der Patientendaten und wollen beides in Einklang bringen. Wichtig ist für uns aber, dass die Einführung des E-Rezepts nicht zu einer Schwächung der Apotheken führt. Hierzu ist aber essenziell

wichtig, dass ein Makelverbot bestehen bleibt, und dafür werden wir uns auch einsetzen.



Jessica Kaußen, DIE LINKE.: Die Digitalisierung des Gesundheitswesens verfolgt DIE LINKE. mit einer gewissen Skepsis. DIE LINKE. lehnt die Einführung des E-Rezeptes nicht grundlegend ab. Es wäre jedoch im Sinne der Versicherten fair gewesen auf die freiwillige Nutzung der neuen Technik zu setzen. Nicht jeder will seine Daten freigeben. Diese Menschen dürften aber bei der Versorgung nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Ferner kann das E-Rezept ein Beschleuniger für den Versandhandel von Medikamenten werden. Dann würde die Digitalisierung zur Verschlechterung der Marktchancen der Vor-Ort-Apotheke gegenüber dem internationalen Versandhandel führen. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs von 2016 lässt letztlich eine echte Gleichbehandlung nur durch ein Verbot des Versandhandels mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln übrig. Dies kann nicht allein in der Landespolitik entschieden werden.

8. Apotheke als Arbeitgeber und Wirtschaftsfaktor

Die Vor-Ort-Apotheken gehören zu den wichtigsten klein- und mittelständischen Betrieben in Niedersachsen. Gleichzeitig sind die Apotheken vor Ort wichtige Arbeitgeber. Tausende Arbeitsplätze in Niedersachsen z. B. in der pharmazeutischen Industrie und im Großhandel hängen durch Investitionen, Wareneinkauf und Dienstleistungen von den Vor-Ort-Apotheken ab. Zudem werden viele Waren und Dienstleistungen von den Apotheken bei regionalen Handwerkern und Geschäften eingekauft. Als Gewerbetreibende zahlen Apotheken außerdem Gewerbesteuer an die Städte und Gemeinden.

Was tun Sie und Ihre Partei dafür, die Stellung der Vor-Ort-Apotheken als attraktive Arbeitgeber in Niedersachsen zu sichern und weiter auszubauen?



SPD-Landesverband Niedersachsen:

Der herausgehobenen Bedeutung der niedersächsischen Vor-Ort-Apotheken, auch als Arbeitgeber und Wirtschaftsfaktor, sind wir uns bewusst. Auch in diesem Zusammen-

hang werden wir uns für die Weiterentwicklung und Stärkung der Vor-Ort-Apotheken einsetzen. Ferner verweisen wir auf die Antworten der Fragen 1, 2 und 6.



Dr. Bernd Althusmann, CDU: Wir leben in Niedersachsen von unserem starken Mittelstand, wettbewerbsfähigen Handwerkern sowie Freiberuflern, zu denen auch die Vor-Ort-Apotheken gehören. Sie alle sorgen für Wachstum und Wohlstand. Die Fachkräftegewinnung stellt viele mittelständische Betriebe bereits heute vor große Herausforderungen, die nicht ohne eine gezielte Anwerbung von Fachkräften im Ausland zu bewältigen sein werden. Daher werden wir eine gesteuerte qualifizierte Zuwanderung von Fachkräften schaffen, um dem Fachkräftemangel in Niedersachsen entgegenzuwirken. Die Chancen des neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetzes des Bundes wollen wir dabei konsequent nutzen. Der Mittelstand ist größter Arbeitgeber und größter Ausbilder in unserem Land. Eine effektive Mittelstandsförderung sichert viele Arbeitsplätze. Die Themen Mittelstandsförderung sowie Neugründungen und Betriebsübernahmen haben daher für uns weiterhin eine besonders hohe wirtschaftspolitische Relevanz. Gemeinsam mit den Verbänden und Kammern des Mittelstandes werden wir dazu u. a. die

wichtigsten Maßnahmen des seit 2019 in Umsetzung befindlichen Handlungskonzeptes für Mittelstand und Handwerk fortschreiben und darin neue Ansätze entwickeln. Gemeinsam mit den Menschen in Niedersachsen wollen wir unser Land nach vorne bringen. Deshalb haben wir zunächst in einem ebenso intensiven wie interaktiven Prozess Ideen mit unseren Mitgliedern, mit Verbänden und den Bürgerinnen und Bürgern in Niedersachsen ausgetauscht. Dafür sind wir sehr dankbar. Am 9. Juli 2022 auf dem Landesparteitag in Lingen haben wir unser Regierungsprogramm abschließend beraten und beschlossen. Nun freuen wir uns, dass wir allen Niedersächsinen und Niedersachsen mit unserem Programm ein zukunftsgewandtes und innovatives Angebot für die kommenden fünf Jahre machen können.



Julia Willie Hamburg, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir wollen das Angebot von Apotheken ausweiten und ihnen künftig weitere heilberufliche Aufgaben übertragen. Diese sehen wir insbesondere beim Arzneimittelmanagement, der verstärkten pharmazeutischen Beratung, der Arzneimitteltherapiesicherheit sowie in bestimmten Fällen auch bei

Impfungen. Auch die zunehmende Digitalisierung im Gesundheitswesen und der Bedarf an interdisziplinärer Zusammenarbeit im Sinne der Versorgungsqualität erhöhen die Attraktivität von Apotheken als Arbeitgeberinnen.



Dr. Stefan Birkner, FDP: Apotheken sind für uns ein wichtiger Teil der Daseinsfürsorge. Sie sind ein unverzichtbares Beratungsangebot vor Ort zu Medikamenten, zur Gesundheitsberatung und darüber hinaus. Die Apotheken haben während der Pandemie erneut unter Beweis gestellt, dass sie zur Versorgung der Bevölkerung vor Ort unverzichtbar sind. Sie stellen in ihren Laboratorien Desinfektionsmittel her, managen mit pharmazeutischem Sachverstand Engpässe in der Lieferkette von Arzneimitteln und leisten sogar Botendienste bis an die Wohnungstür. Wir Freie Demokraten werden uns daher weiter für faire Rahmenbedingungen im Wettbewerb zwischen inländischen Vor-Ort-Apotheken und Versandapotheke einsetzen. Um die Attraktivität des Berufes zu erhöhen, wollen wir zudem einen Bürokratieabbau vollziehen, die den Beschäftigten mehr Zeit für ihre eigentliche Arbeit bringt. Für den Erhalt der Apotheken sind besonders junge Nachwuchskräfte entscheidend, die sich dafür entscheiden, in den ländlichen Raum zu ziehen. Da-

für sind nicht nur die Apotheken als Arbeitgeber gefragt. Als ganzheitliche Aufgabe müssen wir den ländlichen Raum attraktiver gestalten, etwa durch die Bereitstellung einer flächendeckenden digitalen Infrastruktur und durch verlässliche Mobilitätsangebote, hier wurde in den letzten Legislaturperioden viel versäumt.



Jessica Kaußen, DIE LINKE.: Apotheken sind der niedrigschwelligste Zugang zum Gesundheitssystem. Diese Tür-Öffner-Funktion sollte bei der Weiterentwicklung des Berufsbildes Berücksichtigung finden. In diesem Sinne wollen wir die pharmazeutische Betreuung inklusive des Medikationsmanagements deutlich ausbauen und an die neuen technischen Möglichkeiten anpassen. Hier sind auch finanzielle Hilfen über die N-Bank für die öffentlichen Apotheken denkbar. Wir wollen die Arzneimittelabgabe unbürokratischer gestalten und die Beratungsmöglichkeit fördern. Das Pharmaziestudium muss praxistauglicher werden und die klinische Pharmazie noch stärker berücksichtigt werden.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Landesapothekerverband
Niedersachsen e.V.
Rendsburger Str. 24
30659 Hannover

Telefon 0511 615 73-0
Telefax 0511 615 73-30
geschaeftsstelle@lav-nds.de
www.lav-nds.de

Verantwortlich für den Inhalt:

Berend Groeneveld
Frank Germeshausen
Dr. Mathias Grau

Eigendruck

Eine Verwertung der Beiträge und Abbildungen, insbesondere durch Vervielfältigung und/oder Verbreitung bedarf der Genehmigung des Herausgebers.

Amtsgericht Hannover
VR 2656
Ust-ID: DE115704911

Geschäftsführender Vorstand:

Berend Groeneveld,
Vorstandsvorsitzender
Frank Germeshausen,
stellv. Vorstandsvorsitzender
Dr. Mathias Grau,
stellv. Vorstandsvorsitzender

Bankverbindung:

Deutsche Apotheker- und
Ärztbank eG Hannover
IBAN: DE58 3006 0601 0001 1377 00
BIC: DAAEDEDXXX